

Keine Partei – aber eine Bürgervereinigung

Hamburgs „Freie Wähler“ machen gegen die Schulreform mobil

CH. V. SAVIGNY, RISSEN

Hamburgs „Stimme der Bürgervernunft“ macht mobil: Nachdem sich in der Hansestadt vor rund einem Jahr der erste Landesverband der „Freien Wähler“ gegründet hat, will die Interessenvereinigung jetzt verstärkt an die Öffentlichkeit gehen. „Wir planen für Anfang Juni eine Plakatkampagne gegen die Schulreform“, sagt Wolf Achim Wiegand, Landesvorsitzender der Freien Wähler.



Wolf Achim Wiegand, Vorsitzender der Freien Wähler in Hamburg, rührt kräftig die Werbetrömel. Foto: cvs

ELBVORORTE | 3

MITTWOCH, 26. MAI 2010

Hamburgs „Freie Wähler“

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Außerdem muss der Verband langsam daran denken, Bezirksgruppen einzurichten, um bei den nächsten Bürgerschaftswahlen 2012 antreten zu können. Das ist zwar noch eine Weile hin, aber die Freien Wähler stehen ja gerade erst in den Startlöchern.

Auf eines legt Wiegand besonderen Wert: „Wir sind keine Partei, sondern eine Bürgervereinigung“, sagt er. Ganz bewusst will sich der Verband von den gestandenen Volksparteien abheben. „Unabhängig, sachbezogen, bürgernah“ lautet Wiegands Wahlspruch. Das heißt: Keine Ideologien und kein Koalitionsgeplänkel, aber dafür sachliche Politik, die allein das Bürgerinteresse im Blick hat. Die Parteien, die zurzeit im

Hamburger Rathaus sitzen, findet Wiegand „zu abgehoben, zu weit weg vom Bürger“. Aus Enttäuschung ist der Ex-Journalist und derzeitige Auftrittsbereiter aus der SPD ausgetreten – nach 28 Jahren. „Das war nach dem Stimmzettelklauf“, berichtet Wiegand. „Ich hatte das Gefühl, die Partei kam auf keinen grünen Zweig mehr.“

Die Freien Wähler verstehen sich als Sprachrohr der Bürger: Sie wollen mehr Mitbestimmung (Bindende Bürgerentscheide, Direktwahl des Bürgermeisters), einen schuldenfreien Haushalt, sie sind gegen die Stadtbahn („Elbphilharmonie auf Schienen“) und gegen die Schulreform. Letztere werde auf Biegen und Brechen vom Senat durchgezogen, kritisiert Wiegand, selbst Vater zweier Kinder im Alter von elf und 13

Jahren. Nichts gegen Veränderung – aber man müsse sich ja nicht gleich das gesamte Schulsystem vornehmen. Stattdessen: Soziale Brennpunkte fördern, kleine Klassen für Problemstadtteile. „Durch die Reform geht die Vielfalt der Schullandschaft verloren“, findet Wiegand.

Infostand am Sonnabend

Weitere Infos gibts am Sonnabend, 5. Juni, auf dem Blankeneser Marktplatz. Zwischen 10 und 13 Uhr sind die Freien Wähler mit einem Infostand vor der Martini-Apotheke, Blankeneser Bahnhofstraße 29. CVS